

Ist die AHV ein Sanierungsfall?

RUDOLF RECHSTEINER



Vordergründig geht es in der laufenden AHV-Debatte um ein einheitliches Rentenalter und um dessen Flexibilisierung. Schon einmal, 2004, wurde eine unbefriedigende Lösung mit 68 Prozent Nein-Stimmen vom Volk verworfen. Massgeblich war, so die VOX-Analyse, der hohe Nein-Stimmenanteil der SP- und der SVP-Basis, insbesondere der Frauen. Die neue Vorlage dürfte keine besseren Erfolgchancen haben. Für kleine und mittlere Einkommen werden Frühpensionierungen nur zehn Jahre lang verbilligt. Gleichzeitig drohen happige Rentenkürzungen wegen der Abschaffung des garantierten Teuerungsausgleichs auf den AHV-Renten.

POSITIVE AHV-FINANZEN. Es verwundert nicht, dass SP und Gewerkschaftsbund das Referendum bereits beschlossen haben. Und Alliance F, der Dachverband der Frauenorganisationen, lehnt die Vorlage ebenfalls ab. Für die bürgerlichen Parteien (CVP, FDP, SVP) ist der Fall jedoch klar: Die AHV ist ein Sanierungsfall. Man müsse finanzielle «Katastrophen abwenden» und dem «Leben auf Pump» entgegenreten. Die politische Konstellation hat sich seit 2004 um kein Jota verändert.

Doch es gibt einen Unterschied: Die AHV-Finanzen haben sich viel positiver entwickelt, als laut den offiziellen Prognosen erwartet wurde. Die vom Bundesrat stets beschworene Finanzkatastrophe ist nicht eingetreten (vgl. Grafik).

Das AHV-Jahresergebnis 2009 war mit 3,7 Milliarden Franken Überschuss das beste seit Beginn der AHV. Die Kapitalverluste von 2008 (minus 4,6 Milliarden Franken) kehren sich in ein Plus von 2,6 Milliarden Franken. Dazu kam

ein Umlageergebnis von 1,1 Milliarden Franken. Um diesen Betrag übersteige die laufenden Einnahmen (ohne Kapitalerträge) die Ausgaben. Hauptsache der AHV-Prosperität ist der Anstieg der Beschäftigung. Die Stellen nahmen von 3,06 Millionen im Jahr 2000 auf 3,32 Millionen im Jahr 2009 zu, die Reallohne stiegen um 3,9 Prozent. Dazu kam das seit 1999 erhobene AHV-Mehrwertsteuerprozent, das die AHV-Rechnung seither um fast 2,5 Milliarden Franken verbessert.

Die politische Konstellation hat sich seit 2004 um keinen Jota verändert.

Will man die demografische Mehrbelastung nachhaltig ausgleichen, führen Scharmützel um das Rentenalter allein nicht weiter. Die Währung, die zählt, sind Mehreinnahmen. Bis 2030 braucht die AHV je nach Wirtschaftswachstum nochmals umgerechnet ein bis zwei Mehrwertsteuerprozent. Auch eine Erbschaftsteuer mit diesem Ertrag könnte den Zweck gesicherter Leistungen erfüllen und würde Familien und Wirtschaft weniger belasten.

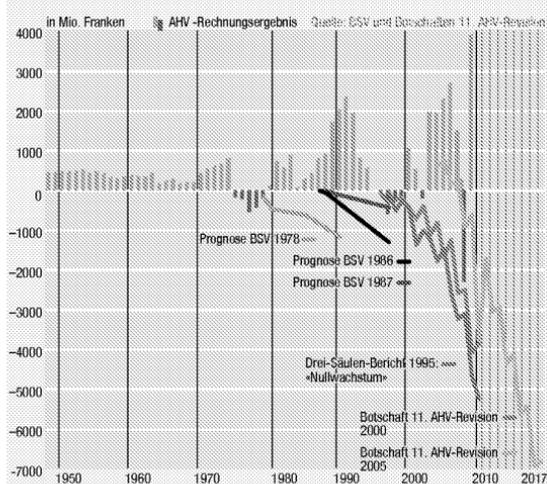
RENTEN SCHRUMPFEN. Gerade auf der Einnahmenseite bringt die laufende AHV-Revision aber nichts Nennenswertes. Das Parlament greift vielmehr das AHV-Leistungsziel an: Sobald der AHV-Ausgleichsfonds unter die Hälfte einer Jahresausgabe fällt – und in einer Krise kann dies schnell gehen –, soll der Teuerungsausgleich auf den AHV-Renten ausgesetzt werden. Von da an schrumpfen die AHV-Renten jährlich im Umfang der Teuerung, was bei normaler Teuerung nach fünf Jahren zu

etwa zehn Prozent tieferen Renten führen würde. Die Alterssicherung würde sich danach verstärkt in Richtung Pensionskassen und 3. Säule verschieben, bei denen die Probleme allerdings viel grösser sind – Stichwort Verwaltungskosten und Anlagen. Niemand behauptet, das Verfassungsziel «Sicherung des Existenzminimums» sei mit den heutigen AHV-Renten gewährleistet. Die AHV-Durchschnittsrente betrug letztes Jahr 1808 Franken im Monat. Das Parlament setzt auf Leistungsabbau und ignoriert die Verfassung. Und die Abschaffung des Teuerungsausgleichs schafft besonders die Jungen. Denn die AHV-Neurenten werden nur zu 50 Pro-

zent an die Lohnentwicklung angepasst, so will es der Mischindex. Die neue und elfte AHV-Revision beinhaltet einen starken Anreiz, gesetzliche Mehreinnahmen zu verzögern. Die Gegner der AHV könnten langwierige Verfassungsänderungen beraten, diese erst noch mit umstrittenen Elementen anreichern, um sie danach mit dem Referendum zu bekämpfen. Eine solche AHV-Revision, die dem Leistungsabbau Tür und Tor öffnet, wird vom Volk wiederum nicht geschluckt.

* Mit einem Mitbericht kommentieren Regier- und Bundesräte die Geschäfte ihrer Kollegen. Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.

AHV: PROGNOSEN UND WIRKLICHKEIT



Pessimismus. Die Szenarien des Bundesrats sind nicht eingetreten. Grafik BAZ/zhf